

Von Feldern, Vögeln und Zwickmühlen

Rums-Brief vom 18. Februar 2022 – Johanne Burkhardt

Guten Tag,

die Tage werden länger, die Temperaturen milder und die Frühblüher graben sich tapfer durch die Erde. Obwohl es bis zum offiziellen Frühlingsanfang noch gut einen Monat dauert, kommen auch schon die ersten Zugvögel aus dem Süden zurück. Und die, die hier geblieben sind, erwachen aus der Winterpause, Vogelgezwitscher erfüllt die Luft. Wenn jetzt noch das Wetter mitspielen würde, alles recht schön, oder?

Ich möchte Ihnen ungern die Frühlingsgefühle kaputt machen oder das Gesangstalent der Vögel kleinreden, aber [vor 25 Jahren hätte es noch viel schöner geklungen](#). Denn wir befinden uns mitten in einem [Vogelsterben von historischem Ausmaß](#). Eine [EU-weite Studie](#), die Ende 2021 veröffentlicht wurde, setzt eine Zahl darauf: Seit den 1980er-Jahren sind die Vogelbestände in der Europäischen Union um knapp 20 Prozent zurückgegangen. In absoluten Zahlen: Heute sind es rund 600 Millionen Vögel weniger als 1980.

Ein globales Problem, das sich auch in Münster bemerkbar macht. Hier geht es vor allem den Feldvögeln schlecht. Also jenen Vogelarten, die gerne auf weiten, offenen Flächen leben. Zum Beispiel auf Wiesen, Weiden, Heiden oder Mooren. Garten- und Waldvögeln geht es im Vergleich zwar noch recht gut, aber auch ihre Populationen schrumpfen inzwischen.

Manche Arten könnte es in ein paar Jahren überhaupt nicht mehr geben. Dazu gehören auch einstige „Allerweltsvögel“, sagt Aline Förster, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Fachbereich Ornithologie bei der [Naturschutzstation Münsterland](#) (einer Einrichtung des Naturschutzbunds Deutschland, kurz NABU) zuständig ist.

Einer dieser Allerweltsvögel war einmal der [Kiebitz](#), den wir uns heute als Fallbeispiel für das Vogelsterben in Münster genauer anschauen wollen.

Zwickmühle Nr. 1: Wo andere gerne bauen würden, brüten die Feldvögel

Expert:innen wie Aline Förster schätzen, dass die Kiebitzbestände in Nordrhein-Westfalen seit 2009 bereits [um die Hälfte geschrumpft sind](#). In Münster sieht es sogar noch schlechter aus. Hier sind über 80 Prozent der Kiebitze verschwunden. Ein Grund für den drastischen Rückgang: Fehlende Lebensräume. Dort, wo der Kiebitz heute noch haust, würden andere gerne bauen. Zum Beispiel ein neues Polizeipräsidium, Windkraftanlagen oder neue Wohngebiete. Und damit sind wir schon mitten in der ersten Zwickmühle: Die Stadtbevölkerung wächst und braucht mehr Ressourcen. Vor allem mehr Fläche. Aber zu welchem Preis?

Schauen wir uns die Problematik anhand einiger Beispiele einmal genauer an. Für das erste geht die Reise in das Gewerbegebiet Loddenheide zwischen Albersloher Weg und Heumannsweg.

Nachdem die britischen Truppen Ende der 1990er-Jahre das knapp 90 Quadratkilometer große Gebiet verlassen hatten, wurde ein neuer Bebauungsplan für die Loddenheide angelegt: Dort sollte ein neues Gewerbegebiet entstehen. Aber bis die Loddenheide aussah, wie wir sie heute kennen, hat es viele Jahre gedauert. Die Kiebitze waren in der Zwischenzeit schneller als die Bautrupps. [Bis 2013 hatten sich dort 40 Brutpaare niedergelassen](#). Eine Zahl, die mit dem Bau des Gewerbegebiets schnell schrumpfte:

2021 hat der NABU-Stadtverband Münster dort nur noch drei Paare gesichtet. In ganz Münster sind es noch etwa 60 Brutpaare. 2003 waren es noch 346.

Aber seit die Loddenheide eine Brachfläche war, sind ja nun ein paar Jahre vergangen. Wo verstecken sich die übrig gebliebenen Kiebitze heute?

Für die Antwort auf diese Frage reisen wir weiter in das gut zehn Kilometer entfernte Handorf. Dort sollen an der [Kötterstraße eigentlich bald 300 neue Wohnungen](#) gebaut werden. Aber Sie ahnen es bestimmt schon: Dort brüten auch ein paar Kiebitze. In der Brutsaison 2021 waren es fünf Paare. Das ist immerhin fast ein Zehntel aller Kiebitze, die noch in Münster leben.

Fürs Erste können die Kiebitze aber auf der Wiese an der Kötterstraße bleiben. Denn bis dort gebaut werden darf, muss für die Tiere erst ein neues Zuhause gefunden werden. Der Kiebitz ist eine sogenannte „[planungsrelevante Art](#)“, die besonders berücksichtigt werden muss. Laut der [Roten Liste](#) ist der Kiebitz in Nordrhein-Westfalen nämlich extrem selten und deshalb gefährdet (falls Sie sich mit Naturschutzkürzeln nicht so gut auskennen und die Liste deshalb nicht sofort verstehen, schauen Sie sich am besten diese [Legende](#) an). Und wie wir eingangs gesehen haben, sieht es für die Art gerade in Münster besonders eng aus.

Neue Flächen für planungsrelevante Arten

Bauherr:innen sind durch das Bundesnaturschutzgesetz dazu verpflichtet, „erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft“ zu vermeiden. Wenn die Beeinträchtigung nicht vermeidbar ist, etwa weil es zu wenige Wohnungen in der Stadt gibt und neue gebaut werden müssen, sind für die planungsrelevanten Arten Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen ([hier](#) nachzulesen auf Seite 13). Damit an der Kötterstraße gebaut werden kann, müssen für die Kiebitze sogenannte [CEF](#)-Flächen gefunden werden, also Flächen, auf denen sie genauso gut leben können wie auf ihrer Wiese.

Hinter der Abkürzung verstecken sich eine Reihe von Bedingungen, die die Ausgleichsflächen erfüllen müssen. Allen voran muss die neue Fläche den jeweiligen Habitatansprüchen der betroffenen Art genügen (Habitat ist der Fachbegriff für den Lebensraum einer Art) und in der Nähe der ursprünglichen Fläche liegen. Der Kiebitz lebt beispielsweise gerne auf offenen, gut einsehbaren und feuchten Flächen. Gleichzeitig muss die Wahrscheinlichkeit, dass die Tiere die neue Fläche annehmen, als sicher eingestuft werden.

Lebensräume lassen sich nicht einfach definieren

Aber wie stellt man sicher, dass die Tiere die Ausgleichsfläche finden und annehmen? Bei der Suche nach passenden Orten hilft ein [Leitfaden](#) des [Landesumweltamts](#), der festhält, welche Ansprüche die einzelnen Vogelarten an ihren Lebensraum haben. Im [Umweltkataster](#) der Stadt werden die geeigneten Flächen und solche, die sich eignen könnten, festgehalten. Denn wenn eine Fläche noch nicht die idealen Bedingungen erfüllt, kann ein bisschen nachgeholfen werden. So wie bei der Ausgleichsfläche für das neue Polizeipräsidium: Weil die noch zu trocken war, wurden dort sogenannte Flachwasserzonen angelegt. Sie können sich das wie flache Teiche vorstellen, die das umliegende Gebiet befeuchten.

Theoretisch ist also alles geregelt. Doch in der Praxis wird es knifflig: Die Tiere nehmen die Ausgleichsflächen anscheinend nicht so an, wie die Planer:innen es erwartet hatten. Für die Loddenheide wurden laut Detlef Lobmeyer vom NABU-Stadtverband acht solcher Ausgleichsflächen geschaffen, die 26 überplante Kiebitzhabitate ersetzen sollen.

Allerdings hatten sich im letzten Jahr gerade einmal sieben Vogelpaare in den neuen Gebieten niedergelassen.

Die Ausgleichsfläche für das Grundstück, auf dem das neue Polizeipräsidium gebaut wird, liegt gut zwölf Kilometer weiter nördlich in den Rieselfeldern. Mit dem Rad ist das eine Reise von gut vierzig Minuten. Wie schnell und vor allem wie direkt ein Kiebitz die Strecke fliegt, lässt sich nicht so leicht sagen. Aber wenn es nach Detlef Lobmeyer geht, kann man hier zumindest nicht mehr von einer räumlichen Nähe sprechen. Und: Die Vögel müssen selbst zu ihrem neuen Wohnort finden. Eine aktive Umsiedlung gibt es nicht.

Wie also stellt die Stadt bei ihren CEF-Flächen sicher, dass diese für die Vögel geeignet sind und die Tiere sich dort niederlassen? Das städtische Kommunikationsamt antwortet in einer E-Mail auf diese Frage: Die Flächen werden in festen zeitlichen Abständen überprüft. Dabei achten die Expert:innen darauf, dass alle Habitatansprüche noch erfüllt werden oder ob etwa das Gewässer von Schlamm befreit oder hohe Pflanzen entfernt werden müssen. Zudem gibt es geförderte Projekte, die für das Monitoring einzelner Arten zuständig sind. Eines dieser Projekte hat Aline Förster von der Naturschutzstation Münsterland zusammen mit Kolleg:innen durchgeführt. Neben verschiedenen Maßnahmen zum Kiebitzschutz haben die Expert:innen auch die Brutgelege kartiert ([hier](#) auf Seite 6).

Thomas Krämer, der die Biologische Station an den Rieselfeldern leitet, hat auf der Ausgleichsfläche für das Polizeipräsidium noch nicht so viele Kiebitze gesichtet wie erhofft; seine Beobachtungen decken sich mit denen des NABU-Stadtverbandes. Das sei wohl aber auch zu erwarten gewesen: „Man kann nicht einfach neue Lebensräume erschaffen“, sagt Krämer. Es brauche Zeit, bis eine neue Fläche die ökologischen Funktionen der alten ausgleichen könne, erklärt er. In der Zwischenzeit schrumpfe die Zahl der Brutpaare, denn die alten Brutgebiete seien verloren.

Zwickmühle Nr. 2: Wo andere Äcker bewirtschaften, würden gerne Feldvögel brüten

Weil der Lebensraum für Feldvögel immer enger wird, weichen seit Jahren immer mehr Tiere auf Ackerland aus. Und prompt stehen sie vor der nächsten Herausforderung, womit wir bei der zweiten Zwickmühle wären: Denn gerade die [industrielle Landwirtschaft gilt als der Hauptantreiber des globalen Vogelsterbens](#). Hans Tolksdorf, der für die Landwirtschaftskammer NRW Landwirt:innen zu Biodiversität berät, sagte mir, die Landwirtschaft sei wegen der hohen Nachfrage in den letzten Jahrzehnten immer produktiver geworden. Das Vogelsterben sei die Kehrseite dieser Medaille.

Aline Förster von der Naturschutzstation Münsterland kennt die Gründe dafür: Die Äcker werden zu häufig bewirtschaftet und liegen zu selten brach, die Natur wird dort also zu selten einfach in Ruhe gelassen. Außerdem werden zu viele Pestizide und Unkrautvernichter eingesetzt, wodurch viele Insekten sterben – und das ist ein großes Problem für viele Vogelarten. Gerade Feldvögel, die auf Äckern brüten und dort ihre Küken aufziehen, brauchen eigentlich besonders proteinhaltige Nahrung, sprich Insekten. Nur halten die sich in Monokulturen, wo nichts blüht und Pestizide versprüht werden, nicht gerne auf.

Um das Vogelsterben aufzuhalten, müsste sich in der Landwirtschaft also einiges ändern. Auch hier stellt sich wieder die Frage: Zu welchem Preis?

Viele Ansprüche, wenig Ansporn

Lange Zeit war das Verhältnis zwischen Naturschützer:innen und Landwirt:innen extrem angespannt. Auch die gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft seien immer weiter gestiegen, sagt Tolksdorf: „Landwirt:innen müssen nicht nur Essen produzieren, sondern auch das Klima, die Gewässer und die Arten schützen.“ Auch die Auflagen der EU würden immer strenger. Gleichzeitig fehlten die finanziellen Anreize für freiwillige Artenschutzmaßnahmen. Und wer sich doch dafür entscheide und Fördermittel beantrage, müsse sich durch ein bürokratisches Dickicht kämpfen. „Viele Landwirt:innen sitzen viel mehr am Schreibtisch, als draußen auf dem Feld oder bei den Tieren zu sein“, erzählt Tolksdorf, der täglich mit den Betrieben zu tun hat. Das frustrierte viele.

Warum lohnt sich der Artenschutz nicht für die landwirtschaftlichen Betriebe? Schauen wir uns das einmal genauer an.

Die meisten Fördermittel für den Artenschutz in der Landwirtschaft kommen aus EU-Geldern, die an die Länder verteilt werden, erklärt Tolksdorf. Wie hoch diese sind und welche Bedingungen daran geknüpft sind, halten der [Vertragsnaturschutz](#) und die [Agrarumweltmaßnahmen](#) fest. In diesen Regelwerken sind auch die freiwilligen Maßnahmen aufgelistet, die den Feldvögeln zugute kommen sollen.

Wenn ich alle diese freiwilligen Maßnahmen aufzählen und erklären wollte, säßen wir noch bis morgen hier. Also schauen wir uns ein Beispiel an, das die Zwickmühle gut verdeutlicht: die sogenannte „Ackerbrache durch Selbstbegrünung“. Klingt kompliziert, die Idee dahinter ist aber recht simpel. Der Acker wird nach der Ernte einfach für eine bestimmte Zeit sich selbst überlassen; so entsteht eine sogenannte Brache. Wo vorher beispielsweise Mais stand, wachsen dann Wildkräuter oder Unkraut. Weil weder Dünger noch Pestizide ausgebracht werden dürfen, sammeln sich auf der Ackerbrache nach und nach mehr Insekten und Käfer an. „Der Kiebitz sucht genau nach solchen Flächen“, erklärt Tolksdorf. Würde man neben der Ackerbrache noch einen Blühstreifen anpflanzen (den können Sie sich ähnlich wie eine Wildblumenwiese vorstellen), kämen sogar noch mehr Insekten.

Aber gerade die Ackerbrache sei für viele Landwirt:innen ein rotes Tuch. Die Fördersumme für so eine Fläche sei sehr niedrig – „wenn es gut läuft, ist gerade einmal die Pacht bezahlt“, so Tolksdorf. Etwas verdienen lässt sich daran selten. Denn die Ackerbrache bedeutet für die Landwirt:innen nicht nur fehlende Ernteerträge, sondern auch einen erheblichen Mehraufwand. Bis sie nach der Laufzeit der Maßnahme das Unkraut wieder im Griff haben, dauert es, sagt Tolksdorf. Meistens müssen die Landwirt:innen dafür auch zu mehr chemischen Unkrautvernichtern greifen oder das Unkraut mühsam manuell entfernen. Selbst für Viehbetriebe, von denen es im Münsterland besonders viele gibt und die von einem Ernteausfall nicht im selben Maße betroffen wären, lohnen sich Ackerbrachen oft nicht. Denn die Gülle, die in ihren Ställen anfällt, müssten sie dann auf weniger Flächen verteilen, erklärt Tolksdorf. Und das geht oft nicht, weil die zulässige Güllemenge pro Hektar begrenzt ist. Was übrig bleibt, müssen die Landwirt:innen auf andere Art und Weise loswerden. Zum Beispiel, indem sie die Gülle an andere Betriebe abgeben. Auch das kostet Geld.

„Artenschutz muss von der Gesellschaft getragen werden“

Auch wenn der Artenschutz sich für viele landwirtschaftliche Betriebe finanziell kaum lohnt, tut sich seit ein paar Jahren etwas. Das merken sowohl Aline Förster als auch Hans Tolksdorf: „Die Landwirt:innen werden von allen Seiten ziemlich geknebelt“, sagt Tolksdorf.

Trotzdem sei der Wille, freiwillige Artenschutzmaßnahmen umzusetzen, bei vielen groß, vor allem bei jüngeren Landwirt:innen.

Auch auf EU-Ebene könnte sich bald etwas ändern, hofft Tolksdorf. Bald solle ein neuer Strategieplan der [Gemeinsamen Agrarpolitik](#) (kurz: GAP) der Europäischen Union in Kraft treten, der es den Landwirt:innen erleichtern soll, Fördermittel für Artenschutzmaßnahmen zu beantragen. Bis sich da etwas Konkretes ergibt, werde es allerdings noch etwas dauern, schätzt Tolksdorf.

Während die EU-Politiker:innen noch an diesem Strategieplan feilen, gäbe es aber eine Möglichkeit, wie die Stadt Münster den Vogel- und Insektenschutz schon jetzt weiter vorantreiben könnte. Einige landwirtschaftliche Flächen gehören nämlich der Stadt, und die verpachtet sie an Landwirt:innen. Insgesamt sind es etwa 1.000 Hektar.

Der NABU-Stadtverband forderte daher im Sommer 2020 in einem Schreiben an das Büro von Oberbürgermeister Lewe, die Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen der Stadt stärker an ökologische Kriterien zu knüpfen: Den Zuschlag für die Pacht soll nicht bekommen, wer am meisten zahlt (was aktuell zwar nicht das einzige Bewertungskriterium sei, aber eine große Rolle spielt), sondern wer auf der Fläche am ökologischsten bewirtschaften will.

Bisher liegt ein großes Problem nämlich darin: Landwirtschaft, die stärker auf den Artenschutz achtet, kann weniger produzieren und entsprechend auch weniger verdienen. Deshalb können diese Landwirt:innen auch weniger Geld für die Pacht ausgeben und gehen bei einem Bieterwettbewerb oft leer aus.

Die Stadt antwortete auf den Brief des NABU-Stadtverbandes im Herbst 2020 ebenfalls mit einem Schreiben, das der Redaktion vorliegt. Die Stadtverwaltung wolle in absehbarer Zeit einen Prozess für eine nachhaltige Bewirtschaftung städtischer Flächen einleiten. Ich habe bei meiner Recherche für diesen RUMS-Brief bei der Stadtverwaltung nachgefragt, in welchem Stadium sich dieser Prozess aktuell befindet. Seit dem Herbst 2020 ist ja schließlich schon etwas Zeit vergangen.

Die Antwort fiel eher vage aus: Man ziele auf eine ökologische Bewirtschaftung der Fläche ab, und auch der Artenschutz solle dabei eine Rolle spielen. Zuerst müsse aber noch einiges geprüft werden. Etwa förderrechtliche Rahmenbedingungen, die organisatorische, finanzielle und vertragliche Umsetzung durch die Stadt sowie die fachliche Umsetzung durch die Landwirt:innen. Dafür brauche es weitere Ressourcen. Ob und wann die Stadtverwaltung diese bereitstellt, geht aus der Stellungnahme nicht hervor.

Umdenken für den Artenschutz

Klar ist aber: Das Schicksal der Kiebitze teilen viele andere Feldvogelarten in Münster. Rebhuhn, Feldlerche, Rohrweihe... die Liste ließe sich noch eine Weile fortsetzen. Um ihnen zu helfen, muss sich vor allem etwas in der Landwirtschaft tun, ohne dass Landwirt:innen bei dieser Aufgabe allein gelassen werden.

Aline Förster von der Naturschutzstation Münsterland findet es wichtig, dabei aber auch nicht die zunehmende Flächenversiegelung aus den Augen zu verlieren. Gerade bei neuen Bauprojekten werde oft über Artenschützer:innen geschmunzelt, die sich dagegen stellen, weil auf den Flächen bedrohte Tierarten leben. Es sei schwer, argumentativ mit einer Tierart zu trumpfen, sagt auch Thomas Krämer von der Biologischen Station auf den Rieselfeldern. Aber irgendwann seien halt keine Tiere mehr da. „Genau wie beim Klimawandel brauchen wir da ein Umdenken.“